

6.9.2019

Interview

„Ich bin so wütend wie die Kids von Fridays for Future“

... sagt **Clemens Hoffmann**, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik in Kassel. Er wirft der Politik vor, die Energiewende nicht voranzutreiben – aus Rücksicht auf die Gas- und Mineralölindustrie.

Interview: Jörg-Rainer Zimmermann



Clemens Hoffmann

leitet seit Oktober 2012 das Fraunhofer-Institut für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik IEE (zuvor Fraunhofer Iwes). Er hat zugleich einen Lehrstuhl an der Universität Kassel inne und ist Mitglied des wissenschaftlichen Beraterkreises dieses Magazins.

die wir erreichen müssten. Und das bietet keinen Grund für Optimismus.

ne: Denken Sie, dass die Umstellung von Einspeisetarifen auf Ausschreibungen die Probleme ausgelöst hat?

Hoffmann: Nicht unbedingt. Der Wechsel zu Ausschreibungen sollte dazu führen, dass der Markt selbst definiert, wo die Erzeugungskosten liegen. Das ist, denke ich, vernünftig. Gleichzeitig hätte aber über einen Szenariorahmen festgelegt werden müssen, wie wir unsere Klimaschutz- und Erneuerbaren-Ziele garantiert erreichen können. Wenn das nicht geschieht, muss nach den Gründen gefragt werden. Das ausgeschriebene Volumen zeigt in jedem Fall, dass der politische Wille für einen schnellen, kraftvollen Ausbau fehlt. Dann stellt sich aber noch die Frage, warum so viele Genehmigungsverfahren

neue energie: „Kein Grund zum Optimismus“, so haben Sie das Vorwort zum jüngst veröffentlichten Windenergie-Report 2018 überschrieben. Was sind die wesentlichen Erkenntnisse der Fraunhofer-Studie?

Clemens Hoffmann: Die zentrale Feststellung ist, dass die Windenergie in Deutschland weit abgeschlagen ist. Es waren klare Ziele formuliert, um die Energieerzeugung umzustellen. Beim Ausbau müssten Volumina von acht bis zehn Gigawatt pro Jahr realisiert werden. 2018 haben sich die Aufstellungszahlen jedoch halbiert, von 5514 auf nur noch 2515 Megawatt. In diesem Jahr nun stellen wir fest, dass die ausgeschriebenen 2,5 Gigawatt gar nicht mehr ausgeschöpft, sondern sogar stark unterschritten werden. Das ist unendlich weit von der Rate entfernt,

scheitern. Dabei konkurriert Natur- und Artenschutz mit Klima- und Umweltschutz. Wir sollten genauestens durchleuchten, wo an dieser Stelle die Probleme liegen. Es kann auch sein, dass es in den Genehmigungsbehörden Schwierigkeiten gibt.

Dazu kommt das Thema technische Ausbaugrenzen, konkret Netzausbau und flexible Lasten. Das muss miteinander synchronisiert werden. Wobei sich dann ebenfalls einige Fragen stellen – wie schnell muss der Netzausbau sein, damit wir in die größeren Lastzentren reinkommen? Was muss bei den flexiblen Lasten wie der Elektromobilität und der Wärme geschehen? In welchem Tempo? Antworten darauf werden seitens der Politik aber nicht gegeben, auch da fehlt es am Willen.

ne: Kann es sein, dass der Netzausbau somit eher ein politisches als ein technisches Problem ist?

Hoffmann: Ja, selbstverständlich. Schauen wir nach Bayern, dort sehen wir ein Paradox. Auf der einen Seite sagt der aktuelle Energieminister: ‚Ich baue die Windenergie nicht aus.‘ Vielmehr sagt er es nicht laut, er tut es einfach nicht. Auf der anderen Seite sagt er: ‚Ich will auch keinen Windstrom vom Norden importieren.‘ Aber beides geht eben nicht. Das macht exemplarisch klar, dass sich im Moment weder die Länder einzeln noch der Bund als Ganzes zu den Ausbauzielen bekennen und entsprechend handeln.

ne: Was glauben Sie, warum fehlt der politische Wille, obwohl mittlerweile angesichts der streikenden Schüler teils vehement das Gegenteil behauptet wird?

Hoffmann: Fridays for Future zeigt es deutlich: Kinder und Jugendliche verstehen, was ihre Zukunft ausmachen wird. Der Klimawandel ist ein reales Problem, kein virtuelles. Und auch die Bundeskanzlerin weiß das, seit mindestens zehn Jahren, über den wissenschaftlichen Beirat für globale Umweltveränderungen. Kraft einer Einsicht und nicht nur Kraft der gemachten Erfahrung, dass es jetzt plötzlich wirklich wärmer wird, ist das Thema schon lange auf dem Tisch. Warum hat man nicht reagiert? Das liegt daran, dass ganz virulente Interessen bedroht sind. Einige Schlüsselindustrien müssten sich grundlegend wandeln. Aktuell reden wir über den Kohleausstieg. Aber bei der Primärenergie macht die Kohle gerade mal ein Viertel aus. Die anderen drei Viertel entfallen auf Mineralöl und Gas. Das heißt, dass wir aktuell eigentlich eine Mineralölkommision und eine Gaskommision benötigen, die diese Industrien in den nächsten 20 bis 30 Jahren abwickeln.

ne: ... was derzeit kaum eine Mehrheit finden dürfte ...

Hoffmann: Es ist aber das eigentliche Problem. Deshalb wird auch an diesen niedrigen Ausschreibungsmengen festgehalten. Das Ausschreibungsdesign ist so gestaltet, dass die erneuerbaren Energien keinen Zuwachs haben können. Würden sie wachsen, würde das sofort den Umsatz der Gas- und Ölindustrie schmälern. Offensichtlich haben wir also derzeit keine Regierung, die das Klimaproblem höher ansetzt als diese, natürlich schmerzhaft, Veränderung. Die allerdings nicht zu einer volkswirtschaftlichen Einbuße führen muss, im Gegenteil. Wir wissen, dass die Absenkung der Primärenergieimporte uns 100 Milliarden Euro sparen würde. Auf Öl und Gas entfallen davon rund drei Viertel. Es ginge also nur darum, die Arbeitsplätze zu übertragen. Das ist eine lösbare Aufgabe. Demnach haben wir es im Wesentlichen mit der Trägheit der verantwortlichen Menschen zu tun.

ne: Am 5. September steht der Windenergie-Gipfel an, zwei Wochen darauf soll es beim Klimaschutzgesetz konkret werden. Haben Sie Hoffnung, dass die Kanzlerin ein Machtwort spricht?

Hoffmann: Ich bin nicht besonders positiv gestimmt. Dazu ein Beispiel: Wir führen jedes Jahr unser Symposium zum Thema Geschäftsmodell Energiewende durch. In diesem Jahr sind wir damit extra von Kassel nach Berlin gegangen und haben rund 80 Bundestagsabgeordnete eingeladen. Keiner von denen ist gekommen, obwohl es sich um eine nichtöffentliche Veranstaltung handelt und man die Themen kontrovers diskutieren kann. Besonders vielsagend ist auch, dass die Veranstaltung von allen Fraunhofer-Instituten veranstaltet wurde, die sich mit Energie beschäftigen, nicht nur wie sonst von uns allein. Was soll nun aber am 20. September vorgelegt werden, wenn die wichtigste und größte deutsche Forschungseinrichtung nicht gehört wird? Wir können ja nicht nur über die CO₂-Regulierung sprechen. Es geht um den Ausbau der Erneuerbaren, der Netze, der Speicher. Diese Fragen werden aber nicht seriös von der Politik bearbeitet. Im Grunde bräuchte es dafür eine Energiewendekommission. Oder noch besser, eine Energiewendebehörde, die sämtliche Aspekte im systemischen Zusammenhang betrachtet.



ne: Der vom Wirtschaftsministerium geförderte Windenergie-Report ist nach zehn Jahren nun sehr wahrscheinlich zum letzten Mal erschienen. Wie bewerten Sie das?

Hoffmann: Solche detaillierten Berichte sind unverzichtbar für die differenzierte Vorbereitung politischer Entscheidungen. Es geht schließlich auch um eine Übersetzungsleistung, darum, die Ergebnisse wissenschaftlicher Analysen für die Politik verständlich aufzubereiten und zusammenzufassen. Darum ist es nicht gut bestellt. Gerade in Sachen Systemtransformation, wo wir ein objektives und präzises Monitoring wie auch eine kritische Bewertung durch die Forschung benötigen würden. Im Blindflug werden wir die Energiewende jedenfalls nicht schaffen. Um es ehrlich zu sagen, ich bin mittlerweile genauso wütend wie die Kids von Fridays for Future. ☹

Fotograf: Jonas Petzong